

Gemeinderatssitzung vom 26.07.2022

Beendigung der Personalgestellung an die Johanniter-Unfallhilfe (JUH) zum 01.09.2022

In der letzten Ausgabe der Dorfzeitung wurde berichtet, dass der Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt hat, die Personalgestellung zu beenden und den endgültigen Betriebsübergang der Kindertagesstätten an die Johanniter (JUH) zu beschließen. Da aber offensichtlich auf Seiten des Personals und auch des Gemeinderates noch Klärungsbedarf bestand, wurden in einer eigenen Veranstaltung diese Fragen geklärt und der Tagesordnungspunkt wurde nochmals auf die Juli-Sitzung des Gemeinderates gesetzt. In dieser Sitzung wurde dann auch gegen die Stimmen der CSU-Fraktion das Ende der Personalgestellung und der Betriebsübergang zum 01.09.2022 beschlossen. Falls Mitarbeiterinnen nicht zum neuen Arbeitgeber wechseln möchten, erhalten sie von der Gemeinde eine betriebsbedingte Kündigung und werden bis zum Ausscheiden - oder bis zum Abschluss eines einvernehmlichen Auflösungsvertrages vor Ablauf der Kündigungsfrist - weiterhin durch Personalgestellung von der Gemeinde an die Johanniter oder an andere kommunale Kindertageseinrichtungen verliehen. Herr Pies von der JUH hat in der vorher erwähnten Veranstaltung an alle Beschäftigten der gemeindlichen Kindertageseinrichtungen appelliert, zur JUH überzutreten, da ihnen dadurch keinerlei Nachteile entstehen werden. Dies wurde zwischen Gemeinde, Personalrat und JUH bereits 2019 vereinbart und wird nun in den jeweiligen Arbeitsverträgen zwischen Mitarbeiterin und JUH so festgeschrieben. Er würde sich freuen, die bewährten Mitarbeiterinnen, denen gegenüber er nun schon seit Beginn der Personalgestellung vor 3 Jahren weisungsberechtigt ist, auch weiterhin beschäftigen zu dürfen.

16. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Veitshöchheim und 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans "Dachgrube/Tiergarten" (vorhabenbezogener Bebauungsplan)

Als Träger öffentlicher Belange wird die Gemeinde auch an Bebauungsplänen oder Bebauungsplanänderungen von Nachbargemeinden beteiligt. Da die Gemeinde Güntersleben von dieser Planung in keiner Weise betroffen ist, kann von einer Stellungnahme abgesehen werden.

Sanierung Feuerwehrhaus – Auftragsvergaben

Aufträge in Höhe von ca. 115.000 € hat der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung für die Sanierung des Feuerwehrhauses im Obergeschoss (Schulungsraum, WC...) vergeben

Erfreulich war, dass die Angebote nahezu der Kostenschätzung des Architekten entsprochen haben und dass auch einige Günterslebener Firmen unter den günstigsten Bietern waren. Nachstehend die Aufstellung über die vergebenen Gewerke mit den günstigsten Bietern und den anfallenden Kosten (brutto):

Trockenbauarbeiten	Fa. Joßberger, Güntersleben	12.467,50 €
Maler- und Tapezierarbeiten	Fa. Joßberger, Güntersleben	14.822,94 €

Fliesenarbeiten	Fa. Fliesen-Ziegler, Güntersleben	15.327,20 €
Bodenbelagsarbeiten	Fa. Meekser, Güntersleben	14.518,00 €
Tischlerarbeiten	Fa. Schmitt, Güntersleben	9.308,18 €
WC-Trennwände	Fa. Besler, Bergtheim	2.153,90 €
Stahltüre	Fa. PS-Metallbau, Güntersleben	1.064,88 €
Elektroinstallation	Fa. Sondheimer, Rimpar	21.535,58 €
Heizung und Sanitär	Fa. Stahl, Güntersleben	23.305,50 €

Einrichtung eines Hortes im "Haus der Generationen" - Nachtragsangebot Enthärtungsanlage

Im Zuge der Abnahme der Heizungs- und Sanitärinstallation des Hortes im „Haus der Generationen“ empfahl die ausführende Fachfirma eine zusätzliche Enthärtungsanlage für das Objekt vorzusehen. Der Grund hierfür liegt insbesondere in den automatischen Spülarmaturen welche überall im Bereich des Hortes eingebaut wurden. Die Erfahrungswerte zeigen, dass die Haltbarkeit der Armaturen durch Enthärtung des Wassers deutlich gesteigert werden kann. Daneben ist kalkarmes Wasser im Hinblick auf die Reinigung der Anlagen von Vorteil und nachweislich verträglicher für die Haut.

Auch Energiekosten können durch weniger Mineralien im Wasser gesenkt werden. So arbeiten z. B. Spül- und Waschmaschinen effizienter und halten ebenfalls länger.

Die Nachtragssumme der Fa. Benak beläuft sich auf 9.533,86 € brutto.

Da von einigen Mitgliedern des Gemeinderates Enthärtungsanlagen durchaus auch kritisch betrachtet werden, wurde der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf Einbau einer Enthärtungsanlage mehrheitlich abgelehnt.

Bestellung von Daniela Wenzel zur Standesbeamtin

Aufgrund der neu geplanten Geschäftsverteilung in Verbindung mit dem erstellten Organisationsgutachten für die Verwaltung hat Frau Daniela Wenzel vom 20.06.2022 bis 01.07.2022 an einem Grundseminar für Personenstands- und Familienrecht mit Prüfung für neu zu bestellende Standesbeamte/Standesbeamtinnen teilgenommen und die Prüfung bestanden. Frau Wenzel hat bereits seit dem 01.02.2022 als Sachbearbeiterin im Standesamt gearbeitet und soll daher mit Wirkung zum 01.08.2022 zur Standesbeamtin und zur Stellvertreterin in der Standesamtsleitung für den Standesamtsbezirk Güntersleben mit unbeschränktem Aufgabenbereich gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AVPStG) auf jederzeitigen Widerruf bestellt werden. Der Gemeinderat hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Würzburg-Land für das Jahr 2021

Die Polizeiinspektion Würzburg-Land hat den Sicherheitsbericht 2021 vorgelegt. Die Sicherheitslage war in den vergangenen Jahren stark von Corona-bedingten Einflüssen geprägt. Viele Einschränkungen haben auch die Entwicklung der Sicherheitsstatistiken beeinflusst.

Der Landkreis Würzburg gehört gleichwohl weiterhin zu den sichersten Regionen in Bayern.

Der gebräuchlichste Indikator zur Bemessung der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung ist die sog. Häufigkeitszahl. Sie drückt aus, wie viele Straftaten im Jahr rechnerisch auf 100.000 Einwohner kommen. Sozusagen der Inzidenzwert der Kriminalität.

Im Landkreis Würzburg fiel der Wert von 1782 im Jahr 2020 auf 1635 im Jahr 2021.

Für Güntersleben ist zu bemerken, dass die Anzahl der Kriminalstraftaten im Vergleich zu 2020 wieder etwas angestiegen ist. Die Quote der Aufklärung hat sich allerdings ebenfalls erhöht.

Beschaffung von Notheizgeräten für Zentralheizungen

Die Bürgermeisterin hat bekannt gegeben, dass von der Verwaltung sieben Notheizgeräte (Elektroheizmobile wassergeführt) gekauft wurden, um somit bei einem Ausfall der Gasversorgung einen „Notbetrieb“ für vorbestimmte gemeindliche Gebäude aufrecht erhalten zu können. Da wegen Ausverkauf der Geräte eine schnelle Entscheidung erforderlich war, wurden die Geräte als „dringliche Angelegenheit der laufenden Verwaltung“ ohne vorliegenden Beschluss des Gemeinderates beschafft. Fünf der gekauften Heizgeräte sind schon geliefert worden, zwei Geräte werden bis spätestens September nachgeliefert.

Die Gesamtkosten der insgesamt sieben gekauften Geräte belaufen sich auf 26.647,67 € brutto.